

Gropiusstadt, wir bleiben!

Die Verdrängungswelle erreicht die Randbezirke. Anneliese Lungewitz ist eine von vielen, die nicht wissen, wie es weitergeht. Doch die 93-Jährige nimmt den Kampf auf und wehrt sich, wie auch andere Betroffene.

Behinderten-Assistenz:
**Bevorstehender Kampf
um Tarifvertrag**

Naziterror in Neukölln:
**Absage vom General-
bundesanwalt**

Schulbau-Offensive:
**Privatisierung ist der
falsche Weg!**



DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln



Aus dem Neuköllner Rathaus

Verdrängung und Mietsteigerungen, Clanpopulismus und Schulbauprivatisierung standen auf der Tagesordnung der letzten beiden Sitzungen der Neuköllner BVV am 3. und 5. Dezember 2018.

Covivio verdrängt

Die Sitzung am 3. Dezember begann mit einer Großen Anfrage der LINKEN zum Thema Mahlower Block/Emser Straße. Dabei ging es um die geplanten Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen durch den Investor »Covivio Lux Residential«. In Neukölln sind davon nach Berechnungen des Mietervereins ca. 1.500 Mietparteien betroffen. Die Betroffenen organisieren sich bereits, unterstützt durch den Berliner Mieterverein und das Bündnis für bezahlbare Mieten Neukölln.

CDU schlingert beim Schutz der Familie

Die wichtigste Debatte des Abends fand wegen einer Großen Anfrage der SPD zum Thema »Schutz von Minderjährigen in einem kriminellen familiären Umfeld« statt. Schon seit einiger Zeit hat der Neuköllner Jugend- und Gesundheitsstadtrat Liecke (CDU) das Thema »Kriminelle arabische Clan-Familien« für sich entdeckt und betreibt damit rechten Populismus. Nun schlägt er vor, Kinder von ihren Familien zu trennen. Damit stellt er sich gegen das Grundgesetz, das Familien besonders schützt und den Eltern das Sorgerecht



für ihre Kinder gibt. Das gilt auch für Eltern, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. Die CDU hält sonst gerne den »Schutz der Familie« hoch, um Verbesserungen für Alleinerziehende, Frauen oder Homosexuelle zu verhindern. Hier soll für einen Teil der Neuköllner*innen das Grundgesetz gebrochen werden. Und das, obwohl es bisher keinen einzigen Fall von »gravierender Kindeswohlgefährdung« gegeben hat, ohne die eine Herausnahme von Kindern aus ihren Familien eigentlich nicht erlaubt ist.

Clan-Populismus auch bei SPD und Grünen

Auch die Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen hat sich in der Frage nicht positiv hervorgetan. Zwar haben sie das Verhalten von Liecke ebenfalls verurteilt. Aber in einer vorangegangenen Sitzung wurde kurz vor Ende ein fragwürdiges »bezirkliches Aussteigerprogramm« aus Clan-Familien durchgepeitscht – vollkommen ohne Ausschussberatung. DIE LINKE forderte das Ende der »Konstruktion brandgefährlicher Drohszenarien« durch den zuständigen Stadtrat. Denn hier wird ein Teil der Neuköllner Bevölkerung unter Generalverdacht gestellt.

AfD beschimpft Mietenaktivist*innen

Am Anfang der Sitzung am 5. Dezember wurden Einwohner*innenanfragen zur Steigerung der Kostenmieten im Gropiushaus

↑ **Die Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln.** Von links nach rechts: Doris Hammer, Thomas Licher, Ahmed Abed, Carla Assmann, Christian Posselt, Marlis Fuhrmann. Foto: Tony Pohl

und zur Schließung einer Kita am Mariendorfer Weg behandelt. Anschließend brachte Frau Lieske, unterstützt von Mitstreiter*innen auf der Tribüne, einen Antrag auf Einberufung einer Einwohnerversammlung zum Thema »Steigende Mieten in der Gropiusstadt« ein. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Doch die AfD beschimpfte in einer Rede Aktivist*innen der LINKEN, die in der Gropiusstadt Mieter*innenkämpfe unterstützen, als »Rattenfänger«.

Schulprivatisierung

Zum Schluss wurde eine große Anfrage der LINKEN zum Schulneubau diskutiert. Ein Schulprojekt in der Oderstraße soll gegen einen Beschluss der BVV durch die HOWOGE realisiert werden. DIE LINKE wies auf die fehlende Kontrolle, die explodierenden Kosten und die Gefahr des Verkaufs der Schulgebäude hin. ◀

i Investor Covivio

Zur Mieter*innenversammlung der Covivio im Schillerkiez im November kamen über 100 Betroffene. Thema war die Umwandlung in Eigentumswohnungen. Zwar sind die 200 Wohnungen für zwölf Jahre vor Eigenbedarfskündigungen leidlich geschützt. Nicht ausgeschlossen ist jedoch Verdrängung durch teure Modernisierungen. Im Frühjahr ist daher die nächste Versammlung geplant.

»Dem Berliner Senat droht seine Schulbauoffensive um die Ohren zu fliegen«

Trotz grundlegender Kritik möchte der Berliner Senat die Privatisierung des Schulbaus durchziehen. Die landeseigene GmbH HOWOGE soll Schulgebäude bauen und sanieren. Nach einer Kampagne der Initiative »Unsere Schulen« zögern selbst die Bezirksbürgermeister*innen. Carl Waßmuth von »Gemeingut in BürgerInnenhand« erklärt, was auf dem Spiel steht.

■ Was sind die finanziellen Risiken bei der Privatisierung?

Durch die Privatisierung drohen erhebliche Mehrkosten. Da geht es um das Zweifache bis Dreifache dessen, was nötig wäre. Teilweise sollen von der HOWOGE gebaute Schulen pro Schulplatz das Vierfache des Bundesdurchschnitts kosten.

■ Im Zuge der Privatisierung solle der HOWOGE das Erbbaurecht übertragen werden. Was bedeutet das?

Die Schulen gehen wegen der Erbbauverträge für die gesamte Vertragslaufzeit ins Eigentum der HOWOGE über – das sind 37 Jahre! Mit dem Eigentum sind alle relevanten Mitbestimmungsmöglichkeiten weg. Die Schulen können so umgeformt werden, dass die Gewinnmaximierung absoluten Vorrang bekommt. Die HOWOGE muss sogar Gewinne machen, und obendrein muss sie die höheren Kosten infolge der Privatisierung und der

aufgenommenen Kredite ausgleichen. Schulen werden zu Geldmaschinen.

■ Was sind die wichtigsten Bedenken der Initiative?

Mit der formellen Privatisierung ist die wichtigste Voraussetzung für den weiteren Verkauf geschaffen, für die materielle Privatisierung. Die Bezirke müssen die Schulen zurückmieten, und für diese Miete müssen Zahlungsgarantien geleistet werden. Das ist für öffentlich-private Partnerschaften typisch. Die zugehörigen Verträge sind selbst Finanzprodukte, die weiterverkauft werden können. Gleichzeitig werden sowohl Neubau als auch Sanierungen standardisiert. Damit sind die wichtigsten Bedingungen der Finanzmärkte erfüllt:

Feste Einnahmen und kalkulierbare Ausgaben. 37 Jahre sind mehr als sieben Legislaturperioden. In dieser Zeit muss nur eine Regierung auf den Gedanken kommen, die Schulen weiterzuverkaufen, dann sind sie für immer weg. In Edinburgh wurden Dutzende voll betriebene Schulen verkauft – durch Weiterverkäufe sind sie nun im Eigentum von Investmentfonds mit Sitz in Steueroasen. Gleichzeitig verfallen sie – nach einem Teileinsturz wurden 17 der Schulen monatelang geschlossen, die Feuerwehr half bei der Austeilung der Schülern.

■ Wo soll das Geld für den Schulbau denn herkommen, wenn nicht aus Krediten?

Geld ist genug da. Berlin hat im laufenden Haushalt mehr Geld für die Schulen bereitgestellt, als es ausgeben kann. Der Finanzsenator bricht sogar zum wiederholten Male den Koalitionsvertrag und tilgt eine Milliarde Euro Schulden mehr als vereinbart.

■ Die Volksinitiative erwirkte eine Anhörung im Abgeordnetenhaus. Wie ist es gelaufen? Haben die Abgeordneten auf die Forderungen und Bedenken reagiert?

Inhaltlich hat man im Grunde fast alle unsere Bedenken bestätigt. Allerdings wurde das Ausmaß der Folgen verniedlicht. In der Frage, ob der ganze Vorgang überhaupt eine Privatisierung ist, hat sich insbesondere

die Spitze der LINKEN in eine Sackgasse manövriert: Bis zum Schluss bestand man darauf, dass es sich hier nicht um eine wirkliche Privatisierung handelte. Im November haben die Gutachter des Finanzsenators bestätigt, was wir immer gesagt haben: Eine formelle Privatisierung ist eine Privatisierung und hat erhebliche Auswirkungen. Auf Bundesebene hat DIE LINKE die formellen Privatisierungsvorhaben des Bundes genau deswegen immer gegeißelt.

Auf Bundesebene hat DIE LINKE die formellen Privatisierungsvorhaben des Bundes genau deswegen immer gegeißelt.

■ Mittlerweile gibt es Bewegung in der Sache: Die Grünen bezweifeln öffentlich die Sinnhaftigkeit der Privatisierung, selbst die CDU in Reinickendorf hat sich kritisch zu Wort gemeldet. Wie geht es weiter?

Am 20. Dezember hat der Rat der Bürgermeister den Entwurf für den Privatisierungsvertrag, den der Finanzsenator ihnen vorgelegt hat, zurückgewiesen – einstimmig. Ohne Änderungen werden die Bezirke nicht zustimmen. Das ist ein wichtiger Erfolg unserer Aufklärungsarbeit. An immer mehr Stellen in der Stadt entsteht außerdem massiver Elternprotest von unten. In Lichtenberg haben Eltern vor dem dortigen Rathaus 72 Stunden einen Riesenkrach gemacht. In Spandau bilden sich auch neue Proteststrukturen. Pankow folgt als nächstes. Dort ist der Investitionsstau mehr als doppelt so groß wie in den anderen Bezirken. Dem Berliner Senat droht seine Schulbauoffensive um die Ohren zu fliegen. ◀





Gentrifizierung

Leute aus der Gropiusstadt

In den Jahren 1962 bis 75 entstand im Süden Neuköllns die Gropiusstadt. Die von Walter Gropius geplante Großwohnsiedlung besteht aus rund 18.500 Wohnungen – 90% davon wurden als Sozialbauwohnungen errichtet. Bis vor Kurzem blieb dieser Stadtteil von der Verdrängung verschont. Nun beginnen auch hier Investoren und Eigentümer, die Mieten zu erhöhen (neuköllnisch berichtete). Aber der Widerstand formiert sich. neuköllnisch stellt zwei Bewohner*innen aus Gropiusstadt vor.



Anneliese Lungewitz

»Ich bin mein Leben lang noch nicht aus einer Wohnung raus gegangen und ich werde auch jetzt nicht gehen.«

Anneliese Irmgard Lungewitz wurde im Jahr 1925 geboren. Sie wuchs in der Neuköllner Boddinstraße auf bevor sie zu ihrem Großeltern in den Prenzlauer Berg zog. Mit 17 wurde sie von den Nazis wegen Arbeitsverweigerung ins Gefängnis gesperrt. Danach hat sie ihren neuen Job bei der UFA-Filmgesellschaft auf Anweisung von oben verloren. Sie wurde zum Dienst bei Osram verpflichtet und nach Dresden versetzt. Dort wechselte sie in die

Münevver Cansever

»Mein Herz sagt Nein«

Ruhiger ist es hier und grüner als im Norden Neuköllns. Deswegen entschieden sich Münevver Cansever und ihr Ehemann, nach Gropiusstadt zu ziehen, als sie 1999, kurz nach ihrer Heirat, von einer freien Wohnung in der Lipschitzallee hörten. Aufgewachsen war Münevver im Norden des Bezirks, direkt am Hermannplatz. Dort besuchte sie die Hobrechtschule und die Otto-Hahn-Oberschule. Ihren Mann, der in der Schweiz lebte, hatte sie in der Türkei kennengelernt. Heute haben sie drei Söhne. Der Älteste ist 19 und macht eine Ausbildung, die anderen zwei gehen noch zur Schule. Münevvers Mann ist Taxifahrer. Selbst hat sie ein langes Berufsleben hinter sich. Nach der Schule machte sie eine Ausbildung zur Kleidungsschneiderin und begann bald, in einer Textilfabrik zu arbeiten. Die zum deutschen Escada-Konzern gehörende Firma »Neumann Blusen« unterhielt damals eine Schneiderei am Sachsendam. Schneider*innen stellten hier am Fließband Kleidungsstücke her. Münevver war für die Musterkarten zuständig. Doch 1999 wurde die Schneiderei in Berlin geschlossen – der Konzern hatte Verluste gemacht und lagerte die Produktion aus. Einige Jahre gab Münevver Nähkurse, bis sie ihre heutige Stelle fand: Hauswirtschafterin in einer Kita.



In Gropiusstadt fühlt sich Münever Cansever wohl, auch wenn der Stadtteil heute ein bisschen weniger ruhig ist als früher. Der Zusammenhalt im Haus ist gut, man kennt sich untereinander. Dass sie nun eine Modernisierungsankündigung mit einer Mietsteigerung um 230 Euro bekommen hat, macht ihr Sorgen. Sie weiß nicht, wie das finanziell gehen soll. Und selbst wenn sie sich woanders umschaute – ob sie da etwas zu einem vergleichbaren Preis finden kann, weiß sie nicht. Ihr Herz sagt nein zum Wegziehen. Schließlich wohnt sie hier seit fast 20 Jahren. ◀

Brauerei Felsenkeller. Nach dem Krieg arbeitete Anneliese als Trümmerfrau in Berlin, später wurde sie Verkäuferin in einer Konditorei. 1950 zog Anneliese mit ihrem Ehemann zurück nach Neukölln, diesmal in die Silbersteinstraße. 1975 konnte das Paar die Enge der Hinterhofwohnung verlassen und zog in die Gropiusstadt. Hier lebt sie jetzt schon 43 Jahre in ihrer Wohnung in der Lipschitzallee 59. »Es war ein wunderschönes Wohnen« beschreibt Anneliese die Zeit vor der Privatisierung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Gehag. Jetzt hat sie von ihrem neuen Vermieter Gropiuswohnen GmbH eine Modernisierungsankündigung erhalten. Ein ärztliches Attest bestätigt, dass ihr weder die Bauarbeiten zumuten sind, noch eine Umsetzwohnung. Sie selbst fragt sich, was jetzt mit ihrem demenzen Lebensgefährten sowie dem 13-Jahre alten Bolognesen und dem Wellensittich geschehen soll. Darauf hat sie von ihrem Vermieter bisher keine Antwort erhalten. Aber eines weiß sie: »Ich bin mein Leben lang noch nicht aus einer Wohnung rausgegangen und ich werde auch hier nicht gehen.« ◀

Karl-Marx-Allee soll wieder in Mieter*innenhand

Im Vorfeld der Kampagne »Deutsche Wohnungen & Co enteignen« zeigt sich der Immobilieninvestor aggressiv und will in Friedrichshain das ehemalige Renommierprojekt kaufen. Fast alle sind dagegen: die Mieterschaft, DIE LINKE, die Grünen und selbst die SPD.

Die Karl-Marx-Allee gehört zu den Wohnsiedlungen, die niemals hätten veräußert werden dürfen. Nun müssen die Vertragsklauseln aus den 90er Jahren greifen. Sie schließen die Umwandlung in Eigentumswohnungen sowie Kündigungen wegen »Hinderung angemessener wirtschaftlicher Verwertung« aus. Für den Notfall haben die Mieter*innen noch ein persönliches Vorkaufsrecht für ihre Wohnung, allerdings kaum das Geld dafür.

900 Wohnungen vor »Deutsche Wohnen« bewahren

Tatsächlich besteht für die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften WBM und Gewobag jetzt die Möglichkeit zum Rückkauf. Von den vier betroffenen Wohnblöcken liegt einer im Milieuschutzgebiet. Eine von der Deutsche Wohnen angebotene Abwendungsvereinbarung, in der sie sich zu Zugeständnissen verpflichtet, müsste wohl in diesem Fall vom Bezirk nicht akzeptiert werden – die WBM bekäme den Zugriff nach dem Vorkaufsrecht. Darüber hinaus sollen die Mieter*innen der anderen Blöcke über eine komplizierte Konstruktion »mit Hilfe von Krediten und Bürgschaften der landeseigenen Investitionsbank IBB in die Lage versetzt werden, ihre Wohnungen zu kaufen oder sie direkt nach dem Erwerb an die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gewobag weiterzuveräußern.« (Berliner Zeitung vom 13.12.18)

Klagen des Investors abweisen

Laut Deutsche Wohnen besteht weder für alle Mieter*innen noch für die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften ein Vorkaufsrecht. Sie will aktuell die denkmalgeschützten Wohnungen als Bestand halten und setzt langfristig auf steigende Immobilienpreise. Allerdings hat bereits das Berliner Landgericht mit einer einstweiligen Verfügung eingegriffen, die dem sich verweigernden Investor durch einen Gerichtsvollzieher zugestellt werden musste. Der Deutsche Wohnen wird darin eine mangelnde Bereitschaft zur Vertragstreue attestiert. Das bedeutet einen Etappensieg für die Mieterschaft. Unklar ist noch, ob damit auch der Stichtermin 5. Januar für »kaufbereite« Mieter*innen hinausgeschoben wurde.

Mit Klagen wird gerechnet. ◀

Marlis Fuhrmann, bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln

Veranstaltung:

Wie kam die Deutsche Wohnen in die Welt?

**28. Februar 2019, 19 Uhr
Gemeinschaftshaus Gropiusstadt**

Die Deutsche Wohnen ist Berlins größter Vermieter. Das war sie nicht immer. Auf eine lange Geschichte kann das börsennotierte Unternehmen auch nicht zurückblicken. Wir wollen den Aufstieg der Deutsche Wohnen SE zum inzwischen zweitgrößten Immobilienunternehmen Deutschlands im Kontext der Privatisierungspolitik analysieren.

Im Vortrag von Philipp Metzger (Uni Wien) wird die Transformation des deutschen Wohnungsmarktes sowie die damit verbundene Bedeutung der Deutsche Wohnen SE dargestellt.



»Wenn wir die Arbeit niederlegen, steht die Welt still.«

Am 8. März ist Internationaler Frauentag. Schon seit über 100 Jahren streiken, streiten und kämpfen wir für unsere Rechte und gegen jede Unterdrückung. Über die Welt breitet sich eine Bewegung von streikenden Frauen und Queers* aus, von Polen bis Argentinien, von New York bis Hongkong, von Spanien über Nigeria bis Australien. Auch wir sehen Grund zum Streik und sagen: Es reicht! Lasst uns am 8. März zusammen streiken!

8. März: Frauen*streik!

Ständig werden wir diskriminiert, unterdrückt und ausgebeutet. Wir werden tagtäglich mit verletzenden Witzen, Kommentaren, Übergriffen und körperlicher Gewalt klein gemacht. Unsere Arbeit wird geringgeschätzt und noch immer verdienen Frauen in Deutschland im Schnitt 22% weniger als Männer. Nicht nur das, zu Hause übernehmen wir unzählige Stunden an Erziehungs-, Haushalts- und Pflegearbeit. Manche von uns tun dies auch schlecht bezahlt im Zuhause anderer. Für Familie, Freund*innen, Partner*innen und Kolleg*innen leisten wir oft emotionale Unterstützung. Im Alter kommen wir mit unserer Rente kaum oder gar nicht über die Runden. So verschieden wir sind, wir sind alle Arbeiterinnen*, weil wir arbeiten müssen – egal ob wir mit dem Kugelschreiber, dem Schraubenschlüssel, dem Computer oder dem Besen in der Hand arbeiten, ob wir dafür einen Lohn bekommen oder nicht. Es wird von uns erwartet, dass wir diese Arbeit klaglos, unbeachtet und wie selbstverständlich mit einem Lächeln erledigen. Wir lassen uns das nicht länger gefallen! Wir streiken! ◀

Dies ist ein Auszug aus dem Aufruf des Bündnisses Frauen*streik 2019. Mehr Infos:

- › www.frauenstreik.org
- › Facebook »Feministischer Streik«

Maßnahmen

Folge 2 Selbstvermarktung für Akademiker

Vor einigen Jahren studierte ich in Teilzeit und der Vertrag bei meiner Arbeit war ausgelaufen. Also landete ich im Jobcenter. In die erste Maßnahme wurde ich sofort geschickt, noch bevor irgendwelches Geld kam. »Selbstvermarktung für Akademiker« hieß der Kurs. Ernsthaft. Genau darum ging es auch. Im Grunde genommen war es ein Crashkurs in Arbeit und Kapitalismus. Arbeit wird auf dem Markt verkauft, und ihr müsst euch selbst zu einem Produkt für diesen Markt machen – das war die Botschaft. Und so saßen wir zu dritt, zwei ehemalige Mitarbeiter des Bundestags und eine Islamwissenschaftlerin, und lernten über fünf Ta-

»Direkt ins B-Körbchen!«, sagte sie und zeichnete zufrieden ein zerknülltes Papier ins B-Körbchen.

ge mit fünf verschiedenen Lehrkräften, wie das geht mit der Selbstvermarktung. Zum Beispiel im »Aufzuggespräch«. Das Konzept dieser Übung bestan darin, sich in einer Minute als möglichst interessant und nützlich zu verkaufen, falls man einem potenziellen Arbeitgeber im Aufzug begegnet, also alle wesentlichen Informationen und Qualifikationen runterzurasseln und dabei sympathisch rüberzukommen. Die Menschen, die uns das beibrachten, waren eigentlich ganz nett. »Trainer« hießen sie oder »Coaches«. Sie gaben uns ganz viele Arbeitsblätter, wo wir unsere »soft« und »hard skills« eintragen, unsere Fähigkeiten und Charakterzüge einstufen sollten – uns selber zum Produkt zusammenschnüren und marktreif machen also.

In einer direkt anschließenden, weiteren Maßnahme sollte ich lernen, einen Lebenslauf zu schreiben. Auch hier betreute uns eine »Trainerin«. Sie sprach vor allen Dingen über Aussortierung. Wer von den Personalabteilungen gleich aussortiert wird – das war ihr Lieblingsthema. Sie illustrierte es mit einer Zeichnung auf ihrem Whiteboard. Darauf waren zwei Körbchen: das A- und das

B-Körbchen. Ins B-Körbchen flogen sofort alle Bewerbungen und Lebensläufe, die irgendeinen Fehler enthielten. Zum Beispiel eine Lücke im Lebenslauf. Eine solche galt es unbedingt zu vermeiden, notfalls ausgiebig zu entschuldigen. Sonst hätten unsere Lebensläufe überhaupt gar keine Chance! »Direkt ins B-Körbchen!«, sagte sie und zeichnete zufrieden ein zerknülltes Papier ins B-Körbchen. Aber auch fehlerfreie Bewerbungen mussten geduldig sein. Zwar konnten sie die Hürde nehmen, nicht gleich weggeworfen zu werden. Das hieß aber noch lange nicht, dass sie durchs Nadelöhr kamen. Am besten seien die Chancen, wenn man sich darauf konzentrierte, dem Arbeitgeber quasi schon vorher die Wünsche von den Lippen abzulesen. Dann würde unsere Bewerbung es vielleicht bis auf den Schreibtisch des Chefs schaffen.

Ich probierte das gleich bei der nächsten Bewerbung, die ich fürs Jobcenter schreiben musste. Es ging um eine Stelle in einem Call-Center. Ich schrieb, dass ich mich erkundigt und erfahren hätte, dass es noch keinen Betriebsrat in der Firma gab. »Ich bin sehr motiviert, mich beim Aufbau von Strukturen betrieblicher Mitbestimmung aktiv einzubringen und auch meine politischen Vorkenntnisse nützlich zu machen« schrieb ich. Aber so sehr ich mir Mühe gegeben hatte – die Bewerbung muss im B-Körbchen gelandet sein. Denn eine Antwort erhielt ich nie...





Assistent*innen vor Arbeitskampf

Foto: Josh Appel, unsplash.com

Wir ermöglichen Menschen mit Körperbehinderung ein selbstbestimmtes Leben. Jetzt wollen wir, die Beschäftigten der drei größten Berliner Assistenzbetriebe ambulante dienste e.V., Neue Lebenswege sowie Neue Lebenswege (Wohnprojekte), erstmals einen Tarifvertrag erkämpfen.

Seit Sommer 2018 laufen die Vorbereitungen auf Tarifverhandlungen bei den drei großen Assistenzbetrieben. Dort arbeiten mehr als 1.000 Persönliche Assistent*innen, Sozialarbeiter*innen, Pflegefachkräfte und Büromitarbeiter*innen. In Berlin, wo es im Gegensatz zu anderen Städten in dieser Branche noch keine Tarifverträge gibt, soll jetzt die Lücke zum Tarifvertrag der Länder geschlossen werden. Denn obwohl der größte Teil der Finanzierung vom Land Berlin kommt, haben wir – anders als die Landesbeschäftigten – keine sechs Wochen Urlaub, kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, keine Wechselschichtzulagen und noch viele weitere Nachteile.

Streitpunkt Eingruppierung

Die Arbeit, die wir verrichten, ist essenziell, um Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung von Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, zu ermöglichen. Bisher richtet sich unsere Bezahlung nach undurchsichtigen Kriterien. Die Eingruppierung und damit die Entlohnung unserer Tätigkeiten wird Gegenstand der Auseinandersetzung sein. Wir gelten als ungelernete Arbeitskräfte, aber tatsächlich haben die allermeisten von uns Ausbildungen absolviert oder sogar studiert. Die verschiedenen Kenntnisse aus unserer Vorbildung fließen in unsere Arbeit ein und werden von den Assistenznehmer*innen sehr geschätzt.

Persönliche Assistent*innen erfüllen viele verschiedene Aufgaben. Manche äh-

neln zum Beispiel den Tätigkeiten von Physiotherapeut*innen, Hauswirtschaftskräften, Heilpädagog*innen, Sekretär*innen oder Rettungsassistent*innen. Oft führen wir pflegerische Tätigkeiten auf hohem Niveau aus. Das alles tun wir gerne und engagiert. Von der Dankbarkeit unserer Assistenznehmer*innen alleine können wir die steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten aber nicht bezahlen. Deshalb fordern wir eine ordent-

liche Entlohnung durch eine angemessene Eingruppierung.

Senat soll Versprechen halten

Im Februar beginnen die Tarifverhandlungen zwischen ver.di und den Geschäftsführungen der Assistenzbetriebe. Wir fordern, dass der Berliner Senat als größter Geldgeber das Verhandlungsergebnis akzeptiert und finanziert. Schließlich hat Rot-Rot-Grün versprochen, die Tarifbindung zu fördern. Auch die Pflegekassen müssen überzeugt werden, ihren Beitrag zur Finanzierung zu leisten. Mit kreativen, lautstarken und bunten Aktionen wollen wir 2019 Druck aufbauen, damit wir unsere Arbeit unter angemessenen Bedingungen fortsetzen können. ◀

Michael Teumer ist Betriebsrat bei ambulante dienste e.V., Mitglied der Tarifkommission, und Mitglied der Neuköllner LINKEN.



Aktiv im Reuterkiez

Der Neuköllner Reuterkiez ist ein lebendiges Viertel mit vielen alteingesessenen Bewohner*innen und Kleingewerbe: Cafés, Restaurants und Märkte prägen viele Straßen. Es ist aber auch ein Viertel, das durch Grundstücksspekulation börsenorientierter Wohnungskonzerne, durch Modernisierungen und damit verbundene Mieterhöhungen, also durch Verdrängung in Gefahr ist. Doch die Bewohner*innen des Reuterkiezes nehmen Verschlechterungen ihrer Lebensverhältnisse nicht ohne Widerstand hin. Kämpfe gegen Mieterhöhungen (Maybachufer), gegen Lärmbelästigungen durch ein Hostel (Weserstraße), gegen Verdrängung durch Kündigungen (Siebdruckladen Pflügerstraße, Bäckerei Pannierstraße) und gegen den Google-Campus sind Beispiele dafür.

Die Basisorganisation (BO) Reuterkiez der Neuköllner LINKEN hat die Proteste und Aktionen der Mieter*innen und

kleinen Gewerbetreibenden immer unterstützt. Wir waren aktiv bei der großen Mieter*innendemo im April 2018, beim Volksbegehren »Gesunde Krankenhäuser« ab März 2018 und in Protesten gegen AfD und Nazigruppen.

Auch im Jahr 2019 werden sich die Bewohner*innen des Reuterkiezes mit heißen Eisen beschäftigen. Die Themen bleiben aktuell: Mieterhöhungen, Verdrängung, Modernisierungen. Die BO wird sich an der Kampagne »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« beteiligen. Sie wird weiter aktiv im »Berliner Bündnis für mehr Personal in den Krankenhäusern« sein. Sie wird an der Seite der Menschen in Neukölln stehen, die sich gegen Verschlechterungen ihrer Lebensverhältnisse wehren. Die BO Reuterkiez ruft alle Interessierten auf: Macht mit in unserer Gruppe, bei unseren Aktionen und Infoständen. Ihr seid herzlich willkommen! ◀

Joachim Haske, BO Reuterkiez

Naziterror in Neukölln – ein Kommentar

Südneukölln ist schon lange als Knotenpunkt eines Netzwerks der extremen Rechten bekannt. NPDler, die sogenannten Neuköllner »Freien Kräfte« und AfDler sind hier aktiv. Ihr Hauptbetätigungsfeld befindet sich wohl rund um Gropiusstadt. Hier häufen sich Sticker mit rechter Propaganda, NPD-Plakate und Hakenkreuzschmierereien. Linke Poster werden regelmäßig abgerissen, rassistische Beleidigungen und Übergriffe gehören zum Alltag. Letztes Jahr startete die Neuköllner NPD den Versuch, eine rechte Bürgerwehr aufzustellen, die »Schutzzone für Deutsche« einrichten sollte. Auch der AfD-Bezirksverordnete Steffen Schröter meldete auf Facebook seine Bereitschaft an, sich daran zu beteiligen.

Zwei altbekannte Akteure der Neuköllner Naziszene werden der Beteiligung an der rechten Terrorserie verdächtigt: Der NPD-Kader Sebastian T. wurde mehrmals in Verbindung mit den Brandanschlägen von der Polizei aufgegriffen und wieder freigelassen. Ein mutmaßlicher Teilnehmer bei der Brandstiftung an Ferat Kocaks Auto ist ein AfDler mit Neonazi-Vergangenheit, dessen Wohnung ebenfalls im Zusammenhang mit den Anschlägen durchsucht wurde.



Neuköllner Aktivist*innen treten der rechten Gewalt in Neukölln mit antifaschistischer Bildungsarbeit, Netzwerken, Kundgebungen und direkten Aktionen entgegen. Im April 2018 fand die größte Anti-Nazi-Demo seit langer Zeit in Südneukölln statt. Die behördlichen Ermittlungen hingegen bleiben bisher seltsam ergebnislos. Selbst der Verfassungsschutz nennt Neukölln als Ort besonders reger Naziaktivitäten. Dass der Generalbundesanwalt trotz einer dringlichen Bitte um Unterstützung der Betroffenen nicht eingreifen möchte, ist enttäuschend.

Nazinetzwerke in den staatlichen Apparaten

Der NSU-Komplex zeigt, was passiert, wenn die Dinge nicht in Zusammenhang gesetzt werden. Hier entlarvten sich ein ungeheurer behördlicher Rassismus und Verstrickungen von Geheimdiensten und Nazinetzwerken. Solche Netzwerke haben sich offenbar in den staatlichen Apparaten festgesetzt. Das zeigen auch die Recherchen um »Hannibals Schattenarmee« der taz. Sie de-

↑ **»Kein Schlusstrich«-Demonstration am 14. Juli 2018 in Hamburg.** Auch in Berlin wird jetzt diese Forderung laut. Foto: Rasande Tyskar, Flickr

cken auf, dass sich in Deutschland, in Österreich und in der Schweiz Gruppen aus Mitgliedern der Polizei, der Armee, den Geheimdiensten, dem Beamtenapparat und rechten Bewegungen formiert haben, die eigene Kommandostrukturen aufbauen und sich für einen »Tag X« des Zusammenbruchs staatlicher Strukturen vorbereiten, an dem sie mit Waffen die Macht ergreifen wollen. Die Neuköllner LINKE-Abgeordnete Anne Helm stand auf einer Todesliste des mit diesem Netzwerk verbundenen Bundeswehrsoldaten Franco A., der als syrischer Geflüchteter verkleidet einen Terroranschlag inszenieren wollte. Feindeslisten linker Aktivist*innen hat es auch von den Neuköllner Nazis gegeben.

Dass bei der polizeilichen Aufklärung in Neukölln nur wenig passiert, ist äußerst besorgniserregend. Grund zum Hinsehen und zur kritischen Begleitung der Polizeiarbeit. Grund, die Netzwerke des antifaschistischen Widerstands, die Solidarität untereinander zu stärken, füreinander einzutreten. Grund, immer weiter Druck zu machen. ◀

LINKE fordert NSU-Untersuchungsausschuss

Auf Antrag des Neuköllner Bezirksverbandes forderte der Landesparteitag der Berliner LINKEN am 16. Dezember 2018 die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus dazu auf, sich für die Einrichtung eines parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschusses einzusetzen.

Aus der Begründung der Neuköllner Delegierten:

»Es ist wichtig, dass diese Bezüge des NSU nach Berlin und die besondere Rolle des Berliner LKA sowie des Brandenburger Verfassungsschutzes und LKA gründlich

untersucht werden. Unsere Berliner Abgeordneten müssen ihre parlamentarischen Möglichkeiten nutzen, die Exekutive zu kontrollieren und auch die Verwicklung von Berliner Behörden in den NSU-Komplex zu untersuchen. [...]

Dass es 7 Jahre nach dem Auffliegen des NSU immer noch keine hinreichende parlamentarische Aufarbeitung in Berlin gegeben hat, ist auch deswegen fatal, da die Möglichkeiten der Aufklärung rapide schwinden: Akten sind bereits verschwunden und verschwinden weiter, die Erinnerung von Zeug*innen wird schlechter, die Möglichkeit der Strafverfolgung nimmt ab. Als eine dem Antifaschismus verschriebene Partei können wir das nicht hinnehmen. Wir müssen jetzt handeln«. ◀



Stoppen, bevor es Tote gibt

Die Betroffenen der Neuköllner rechten Anschlagsserie haben sich in einem offenen Brief an den Generalbundesanwalt gewendet. Sie fordern, dass dieser die Ermittlungen übernimmt. Denn immer noch sind keine Täter zur Rechenschaft gezogen. Die Antwort: eine Absage.

Der Süden Neuköllns ist für meine Eltern und mich zur No-go-Area geworden«, so beschreibt es Ferat Kocak. Er ist einer der Betroffenen der rechten Anschläge, die Neukölln seit 2011 für Antifaschist*innen, linke Aktivist*innen und Menschen of Colour unsicher machen. Im Februar 2018 wurde Ferats Auto nachts in Brand gesetzt – direkt neben dem Haus seiner Familie, das leicht hätte Feuer fangen können. Es sind Angriffe gegen Menschen, die sich aktiv gegen Rechts stellen. Bisher trafen sie Autos, Cafés, Buchhandlungen, Räume des demokratischen Engagements. Mehrmals waren Menschenleben in Gefahr. Eine Gruppe von Betroffenen wendete sich im Dezember an die Öffentlichkeit. Ihr Ziel: Der Generalbundesanwalt soll die Serie als Terror einstufen und die Ermittlungen übernehmen.

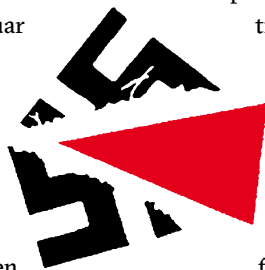
Denn Ermittlungserfolge der beiden Polizeieinheiten, die mit den Fällen betraut sind, bleiben aus. Und das, obwohl im Fall des jüngsten Brandanschlages gegen Ferat der

Polizei anscheinend zwei Personen aus dem Neonazi-Milieu bekannt sind, die ihn über längere Zeit beobachtet haben. Funde in ihren Wohnungen im Rahmen von Razzien deuten auf Gewaltbereitschaft hin. »Warum wurde ich nicht gewarnt, dass Neonazis mich beobachten und bis zu meinem Haus verfolgen?« fragt der linke Aktivist und HDP-Politiker.

■ Komplex erkennen

Claudia von Gélieu, deren Galerie »Olga Benario« auch das Ziel von Angriffen war, wundert sich ebenfalls über die Polizeiarbeit. Denn einerseits wurden mehrere Ermittlungsverfahren eingestellt. Andererseits wird die Bedrohungslage heraufgestuft, Polizeipatrouillen vor den Häusern der Betroffenen werden intensiviert. Das sorgt für Verunsicherung. Es scheint für die Betroffenen entgegen vieler Beteuerungen nicht so, als würde die Polizei einen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Vorfällen herstellen.

Auch Jürgen Schulte von »Hufeisern gegen Rechts« ist unzufrieden. Denn die rechte Gewalt in Neukölln ist vielfältig: Im letzten Winter wurden zahlreiche Stolpersteine geschändet, die an Opfer der Nazi-Diktatur erinnern. In diesen Fällen wird nicht wegen der offensichtlichen rechten Motivation ermittelt, sondern bloß wegen Diebstahls. Eine Schande, findet Schulte. Er nennt zwei weitere Verbrechen, die im Neuköllner rechten Komplex mit in Betracht gezogen werden



↑ **Skulptur, »Algorithmus für Burak und ähnliche Fälle«** von Zeynep Delibalta, 2018, Rudower Straße Ecke Möwenweg. Foto: OTFW, via Wikimedia Commons

müssten: Der Mord an Burak Bektaş 2009 – dessen Denkmal jüngst geschändet wurde – und ein weiterer Mord mit vermutlich rassistischem Motiv an Luke Holland 2015. Die Neuköllner BVV hat die aktuellen Anschläge als Terror eingestuft. Trotzdem sind laut Antwortschreiben des Generalbundesanwalts »die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Tätigwerden der Bundesanwaltschaft, auch unter Gesichtspunkt der Tatbestände einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung« bislang nicht gegeben. Ermutigt hatte die Betroffenen das Handeln Bundesanwaltschaft nach den rechten Ausschreitungen in Chemnitz – sie leitete Ermittlungen gegen eine mutmaßliche rechte Terrorvereinigung ein, die Angriffe geplant haben soll. Für die Betroffenen ist die jetzige Absage niederschmetternd. Denn dass Terrorserien früh gestoppt werden müssen, bevor es Tote gibt, ist die Lehre aus dem NSU-Komplex. ◀



↑ **Brauchen Unterstützung:** Die Betroffenen des Naziterrors und Bürgermeister Hikel werfen ihren Brief an den Generalbundesanwalt ein. Die Antwort: eine Absage. Foto: Jorinde Schulz

← **Hunderte liefen bei der Demo gegen rechten Terror** am 21. April 2018 im Süden Neuköllns mit. Foto: Klaus-Dieter Heiser



»Ohne den bewussten Willen und die bewusste Tat der Mehrheit des Proletariats kein Sozialismus!«

In Neukölln übernimmt am 9. November 1918 der Arbeiter- und Soldatenrat die Macht – ohne dass ein Schuss fällt. Die Neuköllner Revolutionäre können weder wissen, noch sich vorstellen, dass bereits wenige Tage später politische Weichen gestellt werden, die ihren Erfolg in Frage stellen.

Am 10. November abends trifft Friedrich Ebert, SPD-Vorsitzender und gerade zum Reichskanzler ernannt, mit dem Vertreter der Obersten Heeresleitung Wilhelm Groener eine Vereinbarung: Wiedereinführung einer geordneten Regierung und Stützung dieser Regierungsgewalt durch die Macht der Truppe, baldige Einberufung einer Nationalversammlung, restlose Bekämpfung der Revolution.

Nur wenige Tage später, am 15. November, schließen der Großindustrielle Hugo Stinnes und der SPD-Gewerkschafter Carl Legien ein Abkommen, um die revolutionäre Erschütterung der Wirtschaft zu vermeiden. Als Verzicht auf die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel wird die so genannte Sozialpartnerschaft begründet: Tarifverträge zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, paritätische Schlichtungsausschüsse, 8-Stunden-Tag.

Auch in Neukölln wurden eine Geschäftsstelle und drei täglich geöffnete »Spartakus-Lokale« eingerichtet

In Neukölln organisiert der Arbeiter- und Soldatenrat das Nachkriegsleben, zum Beispiel die Verteidigung von Mieterrechten gegen Hausbesitzerwillkür. Währenddes-

↑ **Revolutionäre Masse bei einer Rede von Karl Liebknecht:** Räte­demokratie oder National­ver­sammlung?

sen nehmen die Auseinandersetzungen an Schärfe zu: Wie soll die Revolution fortgesetzt werden? Räte­demokratie oder National­ver­sammlung?

Der Spartakusbund lädt zu Großversammlungen ein. Bei Rosa Luxemburg in den Neuköllner Passage-Festsälen herrscht großer Andrang. Ihre Kritik an der Politik von Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann findet Zustimmung. Der größte Fehler sei gewesen, dass alle Beamten in ihren Ämtern belassen worden seien. Sie erntet Beifall, als sie ihren Gedanken erläutert: »Ohne den bewussten Willen und die bewusste Tat der Mehrheit des Proletariats kein Sozialismus!«

Dazu gehört es, die eigene politische Organisation aufzubauen. Die lose Spartakus-

Neukölln!

Alle Anhänger des Spartakusbundes treffen sich täglich in folgenden Bundeslokale:

**Schmidt, Bannierstr. 9, Ecke Weserstr.,
Raiser, Thüringer Str. 15,
Richter, Prinz-Handjery-Str. 11,
Schwebler, Weiserstr. 14.**

Dieselbst werden Auskünfte, Aufnahmen von Mitgliedern, Abonnements auf „Die Rote Fahne“ entgegengenommen.

Büro für den Bezirk Neukölln, Treptow, Britz, Baum­schul­entweg und Rudow befindet sich Neukölln, Nectarstraße 3^{IV}, Haberland.



↑ **Eine von Vielen:** Die Arbeiterin und USPDlerin Luise Zietz setzte sich in Neukölln für die Frauenbefreiung ein. Bereits 1911 organisierte sie den ersten Internationalen Frauentag in Deutschland.



Foto: Priscilla Du Preez, unsplash.com

↑ **Rosa Luxemburg und Clara Zetkin:**
»Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner!« Foto: Bundesarchiv

gruppe wird in den Spartakusbund umgewandelt. Auch in Neukölln wurden eine Geschäftsstelle und drei täglich geöffnete »Spartakus-Lokale« eingerichtet als Schritte zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zum Jahreswechsel 1918/19. Rosa Luxemburg: »Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner!« Am Gründungskongress nahmen die Neuköllner Fritz Winguth, Max Zirkel, Krüger und Eugen Leviné teil.

Schüsse auf Demonstrant*innen, viele Tote, Verhaftungen, Blockaden gegen Arbeiter- und Soldatenräte.

Doch die Konterrevolution nimmt Fahrt auf, die Räte-demokratie soll liquidiert werden. Anfang Dezember tauchen erste Hetzplakate auf: »Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!« Schusswaffen gegen Demonstrant*innen, viele Tote, Verhaftungen, Blockaden gegen Arbeiter- und Soldatenräte. Die geheime Vereinbarung Eberts mit der Obersten Heeresleitung, die Revolution zu bekämpfen, hinterlässt blutige Spuren. Am Abend des 15. Januar 1919 fallen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in ihrem illegalen Quartier in Wilmersdorf in die Hände der Militärs. Noch in der selben Nacht werden beide Revolutionäre im Tiergarten ermordet. ◀

Klaus-Dieter Heiser



Kaum bekannt: Recht auf Bildungsurlaub

Alle Arbeitnehmer*innen und Auszubildenden in Berlin haben laut Berliner Bildungsurlaubsgesetz zusätzlich zu ihrem Jahresurlaub Anspruch auf zwei Wochen bezahlte Freistellung innerhalb von zwei Kalenderjahren, um sich politisch oder beruflich weiterzubilden. Jugendliche unter 25 Jahre können sogar zwei Wochen Bildungsurlaub pro Jahr nehmen.

Den Klimawandel auf Nordseeinseln studieren, das eingestorete Englisch vor Ort in Chester auffrischen oder Strategien zur Stressbewältigung lernen: Für solche und viele andere Interessen können Beschäftigte in Berlin Bildungsurlaub beantragen. Dabei geht es nicht um betriebliche Weiterbildung im Kontext des eigenen Arbeitsplatzes: Bildungsurlaub soll der allgemeinen politischen und beruflichen Bildung dienen.

eine Arbeitskraft im fraglichen Zeitraum unerlässlich ist. Die zwei Wochen Bildungsurlaub, auf die man innerhalb von zwei Jahren Anspruch hat, müssen nicht an einem Stück aufgebraucht werden, sondern können auch gestücket und zum Beispiel an den regulären Jahresurlaub angehängt werden. ◀

Weitere Informationen:

› berlin.de/bildungsurlaub

Zwei Wochen zusätzlicher Urlaub in zwei Jahren

Eine Liste mit über 5.000 Veranstaltungen und Seminaren, die in Berlin als Bildungsurlaub anerkannt sind, findet man im Internet unter :

→ www.bildungsurlaub.de/seminare

Es können auch Veranstaltungen außerhalb dieser Liste als Bildungsurlaub angemeldet werden, dann muss der Arbeitgeber aber ausdrücklich zustimmen. Die anfallenden Kosten für die Seminare müssen die Teilnehmer*innen selbst tragen.

Der Bildungsurlaub muss spätestens sechs Wochen vor Beginn beim Arbeitgeber angemeldet werden und kann nur aus zwingenden betriebsbedingten Gründen verweigert werden, also wenn

Impressum

Neuköllnisch, Ausgabe Januar/Februar 2019

Neuköllnisch wird herausgegeben von DIE LINKE Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin.

Auflage der Ausgabe: 3.000

V.i.S.d.P.: Jorinde Schulz

Redaktion: Andreas Faust, Georg Frankl, Jorinde Schulz

Gestaltung: Andreas Faust

Titel: Tony Pohl

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln, Wipperstr. 6, 12055 Berlin, Tel/Fax: (030) 613 59 19
neukoellnisch@lists.posteo.de

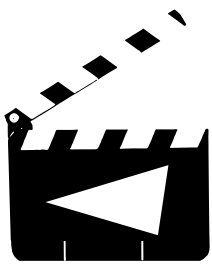
Redaktionsschluss: 25.09.2018

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

Neuköllnisch ist auf Recyclingpapier gedruckt. Für den Druck wurde ein CO₂-Ausgleich bezahlt.

1/2019





Linkes Kino:

Meuthens Party

Jörg Meuthen gilt als Vertreter des gemäßigten Flügels der AfD. 2016 ziehen die Rassisten mit dem Wirtschaftsprofessor an der Spitze in den Baden-Württemberger Landtag ein und landen mit über 15 Prozent der Stimmen noch vor der SPD. Um den historischen Moment einzufangen, erlaubte Jörg Meuthen es einem Filmteam um den Regisseur Marc Eberhardt, ihn im Wahlkampf durch die Bierzelte der schwäbischen und badischen Provinz zu begleiten. Herausgekommen ist ein Portrait, das Ein-

blick in Persönlichkeit und Charakter des Frontmannes der neuen Rechten und hinter die Kulissen der AfD gibt.

Die BO Hermannstraße der Neuköllner LINKEN lädt ein zum Kinoabend. Anschließend besteht die Möglichkeit, bei Snacks und Getränken mit dem Regisseur und weiteren Gästen zu diskutieren. <

Freitag, 22. Februar, 19 Uhr

Eintritt frei!

IL-Kino, Nansenstraße 22, am Kanal



Mach mit!

Informieren, diskutieren, mit der LINKEN aktiv werden!

Wenn Du im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte siehst, dann kämpfe mit der Partei DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit und für den demokratischen Sozialismus.

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name
Anschrift
E-Mail
Telefon

Kontakt

DIE LINKE Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin, Telefon: 030/613 59 19, IBAN: DE16 1007 0848 0525 6078 01

- Sarah Nagel, 01 522/26 20 956, sarah.nagel@die-linke-neukoelln.de
- Moritz Wittler, 01 72/1 60 49 07, moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de

Aktuelle Termine

Bezirksvorstand

tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Nächste Sitzung: 24. Januar 2019 um 19 Uhr in den Räumen der LINKEN Neukölln (Geschäftsstelle Wipperstr. 6)

Basisorganisationen

Das basisdemokratische Rückgrat des Bezirksverbands. Interessierte sind jederzeit willkommen!

- BO Hermannstraße
Treffen jeden 2., 4. und ggf. 5. Mittwoch im Monat von 19 bis 21 Uhr in den Räumen der Neuköllner LINKEN
- BO Reuterkiez
Treffen jeden 2. und 4. Montag im Monat von 18 bis 20 Uhr im »Verein iranischer Flüchtlinge«, Reuterstr. 52
- Kiezgruppe Rixdorf
Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr in den Räumen der Neuköllner LINKEN
- BO Kranoldkiez
Treffen jeden 2. Donnerstag. Nächstes Treffen am 17.01.
- BO Schillerkiez (im Aufbau)
Wer dazukommen möchte, melde sich unter: irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de
- BO 44
Treffen alle zwei Wochen abwechselnd am Mittwoch oder Donnerstag in der Schierker Straße 26

BO Süd

Treffen jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Bat-Yam-Platz

Linksjugend [solid] Kreuzkölln

Treffen jeden Mittwoch um 18 Uhr in den Räumen der LINKEN Neukölln

BVV-Fraktion DIE LINKE Neukölln

Alle Termine finden im Rathaus Neukölln statt.

Januar:

- 21.01., 17:30 Uhr Fraktionssitzung (A307)
- 23.01., 17:00 BVV-Sitzung (BVV-Saal)

Februar:

- 18.02., 17:30 Uhr Fraktionssitzung (A307)
- 25.02., 17:30 Uhr Fraktionssitzung (A307)
- 27.02., 17:00 BVV-Sitzung (BVV-Saal)

Rechtsberatung

Terminvereinbarung: Doris Hammer, 0176/97 89 61 39 oder doris.hammer@die-linke-neukoelln.de

23. Januar, 13. und 27. Februar,

13. März jeweils von 14 bis 16 Uhr in den Räumen der LINKEN Neukölln

Weitere Termine:

- www.die-linke-neukoelln.de
- Facebook: DIE LINKE. Neukölln

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln